

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Mittwoch und Freitag...

Die achtspaltige Annoncenzeile ohne deren Raum kostet 1.- M. einschließlich...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ultimatum der englischen Bergarbeiter

Streikandrohung zum 25. September II. London, 7. September.

Die gestrige Konferenz der Bergleute beschloß, am 25. September in den Streik zu treten...

Thomas über die Lage

Amsterdam, 7. September.

Telegraphische Mitteilung zufolge entwarf Thomas zu Beginn eine Rede, mit der er den englischen Gewerkschaftsmitgliedern...

Zum Schluß sprach er über die finanzielle und industrielle Lage. Er sagte, der kommende Winter werde wahrscheinlich der schwierigste sein...

Die russische Delegation für Riga

St. Petersburg, 7. September.

Die Delegation, die Rußland und die Ukraine bei den Friedensverhandlungen in Riga vertreten soll...

Die Militarisierung der Polizei

Gestern fand im Ministerium des Innern eine Sitzung statt, in der sämtlichen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Kommandeuren der Sicherheitswehren...

- 1. Beseitigung der herrschenden Zersplitterung auf dem Gebiet der Polizei-Behördenwesens; 2. Vereinigung aller Polizeibeamtengruppen; 3. Herstellen einer klaren Behörden- und Beamtenangliederung...

Der erste Teil der Neuordnung, soweit er nicht gesetzliche Maßnahmen erfordert, soll noch vor Ende dieses Monats nach Genehmigung durch das Staatsministerium...

Die heutige Sitzung ließ die Heberei in Stimmung der Erklärungen in allen wesentlichen Punkten erkennen. Eine nochmalige und abschließende Stellungnahme soll am 15. September unter dem Vorsitz des Ministers selbst erfolgen.

Der Entwurf des neuen Polizeigesetzes ist, wie wir hören, bereits in Bearbeitung und soll in kürzester Frist der Landesversammlung vorgelegt werden.

Der offizielle Bericht drückt sich insofern offen aus, als er zugibt, daß das, was in dieser Sitzung beschlossen wurde, gänzlich anders...

Abrahamowitsch, Jasse, Manueloff, Obelanski und Kizom. Die Delegation wird sofort nach Regelung des Freigeleites abreisen.

Die Lage an der Ostfront

Erfolgreicher bolschewistischer Widerstand

Rönigsberg, 7. September.

In der litauisch-polnischen Front südlich Wilna und südlich Bialystok-Wigry-See drückte Kampfhandlungen. Südöstlich Bialystok, am Bug und nordöstlich von Cholm...

Polnischer Heeresbericht

Kopenhagen, 7. September.

Polnischer Heeresbericht vom 6. September. Wir schlagen die litauischen Angriffe zurück und haben eine litauische Kampagne gefangen genommen, die gegen die polnischen Nachtruppen vorgeht...

Die Internierung der übergetretenen Sowjettruppen

II. Rotterdam, 7. September.

Aus Paris wird berichtet: Der Völkerbundsrat beschloß gestern über den Verbleib der bolschewistischen Truppen, welche die deutsche Grenze überschritten haben...

Ablehnende Entscheidungen der Botschafterkonferenz

Paris, 7. September. (Havas.)

Die Botschafterkonferenz hat gestern beschlossen, das deutsche Ersuchen um Ermächtigung zur Organisation besonderer Wachtruppen zur Beaufsichtigung der in Deutschland internierten Bolschewisten abzulehnen...

ansieht, als was durch die Presse über die Neuordnung des Polizeiwesens bekannt wurde. Nicht umsonst hat die bürgerliche Presse einen Scheinwohl vorbereitet und gut durchgeführten Angriff gegen die Reformpläne des Ministerialrats Abegg geführt...

Die „Deutsche Tageszeitung“ wehrt bereits mitzutellen, daß die Offiziere der Sipo die Pläne Abeggs ablehnen, weil sie überzeugt sind, daß sie bei deren Durchführung die Leute nicht mehr in der Hand haben...

Aber der Haupttreffer, der gegen Abegg angeführt wird, ist die Tatsache, daß dieser unter Eichhorns Polizeipräsidentenschaft im Polizeipräsidium mitgearbeitet hat. Diese Tatsache allein genügt der bürgerlichen Presse, um gegen die Pläne oder vielmehr gegen den Mann schärfste Stimmungsmache zu treiben...

Es wird also nach dem Beschluß der oben angeführten Sitzung bei der Kalernierung, bei der starken Bewaffnung, kurzum bei der Militarisierung des Polizeiwesens bleiben. Unsere Vertreter in der Landesversammlung werden zu dieser Regelung noch ein kräftiges Wort zu sagen haben.

Die Pflicht zur Wahrheit

Von Wilhelm Dittmann

Wer die Wahrheit kennt und jaget sie nicht, Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.

Von meinen in der „Freiheit“ veröffentlichten, in der Parteipresse stark nachgedruckten Artikeln über Rußland, wird mir vielfach berichtet, sie hätten gewirkt wie Bomben...

Um so unverständlicher ist es, daß Parteigenossen, die für den Anschluß unserer Partei an die dritte Internationale zu den vorliegenden Bedingungen Propaganda machen...

Dieser Opportunismus der Kritiker, die ja ausziehen, um jeden Opportunismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, wirkt um so größerer, als die Nächstbetroffenen, die Bolschewisten selber, darüber ganz anderer Meinung sind...

Die Frage, um die es sich hier im Grunde handelt, hat für die Partei eine große grundsätzliche Bedeutung. Der Standpunkt der opportunistischen falschen Freunde Moskaus läuft auf die bekannte „Partei-moral“ des einstigen Genossen Georg Bernhardt...

Auch unreifen Kindern verschweigen Eltern und Lehrer manches, wie sie es in der Wirklichkeit sehen — und Niemand schilt sie deshalb Lügner. Der politische Pädagoge muß damit rechnen, daß die Wahrheit seiner Parteiherde noch in dem vom Massenempfinden geschaffenen Vorstellungen lebt...

Gegen diese jetzt von den blinden Moskau-Anbetern wieder empfohene „Partei-moral“ wettete August Bebel auf dem Dresdener Parteitag unter der stürmischen Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Delegierten los:

„Parteigenossen! Können den furchtbaren Grundzüge aufgestellt werden, als die vorlesenen? (Sehr wohl!) Kann alles, was für die Partei, das Parteileben, den Parteiusammenhalt Bedeutung hat, sich nicht verhängt werden? (Sehr richtig.) Damit ist doch deutlich gesagt: Die Masse ist die misera contribuens plebs der römischen Kaiser, das ist die Masse, über die die Figuren, wenn sie sich begegnen, sagen: Ja, du bist gut und...

Arbeit für die Agitatoren, zum Steuern, zum Stimmen, und im übrigen ist es die Parteierbe, sind es die Kinder, denen man nicht alles sagen darf, was man denkt. (Stürmischer Beifall.) Und die Parteiführer sind die Nischischen Uebermenschen, Kraftmenschen, die in ihrem Kopf mit weiten Gedanken alles wissen, alles übersehen und überdenken, sie sind die irdische Vorkehrung der Parteigenossen, denen man die Führung überläßt, denn die Masse ist nicht imstande, sich selbst zu leiten. (Sehr gut.) Ich habe einen ähnlichen Ausdruck schon früher gehört und bin dann mit dem Beifallenden sehr zusammengekommen. . . . Die „Kulturseele der Führer“, die da vor der Masse verschweigen, die der Masse immer sozial Weisheit eintröpfeln, wie sie für gut befinden, ja Donner und Teufel, und da habe ich mir gesagt: das ist unerhört, was man der Partei da ins Gesicht schleudert. Wer solche Sätze aufstellt, der kann von rechtmäßig nicht länger zur Partei gehören. (Sehr richtig und stürmischer Beifall.)

So dachte Bebel 1903 und mit ihm die ganze Partei. Und wer das Wort verwirklichen will, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, der muß sich gegen alle Versuche wenden, der Masse wichtige Dinge zu verschweigen und zu verheimlichen, die sie wissen muß, um sich über die Bedingungen ihres Emanzipationskampfes ein zutreffendes Urteil bilden zu können. Aber die Versuche, die Masse in Unklarheit und Unwissenheit zu erhalten, liegen durchaus in der Richtung derjenigen, die jetzt das freie Selbstbestimmungsrecht der Parteimitglieder aufhalten wollen, um mit diktatorischer Gewalt die Partei zu beherrschen. Gegen solche Bestrebungen wandte sich Bebel in jener Debatte in Dresden gleichfalls mit der Schärfe, indem er sagte:

„Man redet viel vom Terrorismus der Führer, aber in keiner Partei gibt es weniger Terrorismus durch die Führer, als in der Sozialdemokratie, und das soll so bleiben, das muß so bleiben. Wer bei uns Führer sein will, muß so handeln, wie die Partei will und nicht wie er will. (Beifall.) Er hat auszuführen, was die Masse erstrebt, was sie fühlt und denkt. Sie sind die Werkzeuge der Partei, nicht die Generale und Kommandeure, die sagen: Ich gehe voran und ihr habt uns zu gehorchen. Das würden die ja auch gar nicht dulden.“

So sprach Bebel, ein Führer, der wie keiner das Zeug zum Diktator gehabt hätte, der aber wußte, daß der Sozialismus nur von einer selbständig denkenden und handelnden, bewußt den Sozialismus erstrebenden Arbeiterklasse erkämpft werden kann und nicht von einem Sklavenspeer, das blindlings einem Diktator gehorcht. In revolutionären Zeiten ist es noch weit notwendiger, als in friedlichen Zeiten, daß jedes einzelne Parteimitglied aus innerer Ueberzeugung selbständig zu handeln fähig und bereit ist. Deshalb müssen aber auch die Massen unserer Parteigenossen wissen, wie die Dinge stehen. Die Führer dürfen sich nicht das reaktionäre Wort zu eigen machen: „Ein Mann, der sie befehligt, wiegt eine Wahrheit auf, die sie zu Boden drückt.“ Nein, unter Parteigenossen darf es nur heißen:

Zwischen uns sei Wahrheit!

Die Stellung der Organisationen Die Genossen des westfälischen Industriegebiets gegen die Bedingungen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Hagen, 7. September.

Eine in Hagen stattgefundene Konferenz der Kreisleitungen und Ortsvorstände des westfälischen Industriegebietes nahm nach Vorträgen von Dettinghaus und Teuber über die dritte Internationale Stellung zum Anschluß an Moskau und kam fast einstimmig zur Ablehnung der Bedingungen. Auch die Genossen aus den Betrieben wandten sich scharf gegen Däumig und Genossen. Die endgültige Entscheidung soll durch eine Urabstimmung herbeigeführt werden.

Bezirkskonferenz Ostfachsens

Aus Dresden wird uns geschrieben: Auf der Bezirkskonferenz der U. S. P. Ostfachsens erstattete Genosse Fleißner Bericht über die Reichskonferenz der U. S. P. in Berlin. Er umgrüßte die in bezug auf die dritte Internationale aufgeworfenen Probleme und kam nach Würdigung aller Für und Wider zu einem glatten Unannehmbar. In der Diskussion wurde scharf hervorgehoben, daß aus der Ablehnung der von Kuzniewskij übermittelten diktatorischen Bedingungen keinesfalls die Absicht gefolgert werden dürfe, die Errichtung einer kampffähigen Internationale zu sabotieren. Im Gegenteil sollten verschiedene Genossen, die sich schon seit langem für den Zusammenschluß mit Moskau erklärt hätten und die auch für eine parteigenössliche Zusammenarbeit mit der R. P. D. eingetreten waren, durch das Moskauer Diktat die Kampfmöglichkeiten des deutschen Proletariats aufs Schwerste gefährdet werden müßten. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß der demokratische Grundcharakter, die selbständige Mitwirkung aller Parteimitglieder und die Schaltung ihres eigenen Willens in der U. S. P. als einer revolutionären Partei nicht aufgehoben werden dürften, sondern daß im Gegenteil sinngemäß die Forderungen des Rätekongresses auch auf die Partei übertragen werden müßten. Wenn in ihrer gegenwärtigen Verfassung die U. S. P. den Forderungen des Klassenkampfes noch nicht voll entspreche, so sei es, ganz unabhängig von dem Anschluß an Moskau, auf Grund der gestellten Bedingungen nötig und möglich, die Sonde der Kritik anzulegen, unzulängliches zu beseitigen und das Programm der revolutionären Erkenntnis anzupassen.

Genosse Dittmann vom Parteivorstand beantwortete verschiedene Anfragen in bezug auf die russischen Verhältnisse, besonders, soweit sie die Bauernfrage betreffen. Seine Ausführungen gipfelten in der Ansicht, daß die Kritik der russischen Verhältnisse den Russen selbst überlassen werden soll, hinwiederum aber müsse man es ablehnen, die Meinungen von Genossen aus einem Lande als unumstößliche Wahrheit hinzunehmen, in dem erst noch die zukünftige Entwicklung den Beweis für die Richtigkeit der dort angewandten Taktik erbringen müsse.

Nach dem Verlauf der Diskussion, die sich auf sachlicher Höhe bewegte, wurde konstatiert, daß kein Genosse sich auf den Boden der russischen Bedingungen stellte.

Weiter kamen in der Bezirkskonferenz besonders auch interne Dresdner Parteiverhältnisse zur Sprache, die das lebhafteste Interesse des gesamten örtlichen Parteikörpers beanspruchten. Einige Genossen wandten sich scharf gegen gewisse Absichten, die schon ganz konkret in einzelnen Parteierwartungen herorgetreten waren, innerhalb der U. S. P. den Boden für die R. P. D. vorzubereiten. Es wurde eine ehrliche Kampfesweise und die sachliche Erörterung aller Probleme verlangt.

Sangerhausen für die Moskauer Bedingungen

Am vergangenen Sonntag tagte eine Kreisversammlung unserer Partei für die Kreise Sangerhausen und Garzberg, die bekanntlich zum Halleischen Bezirk gehören. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Erklärung beschlossen, die den einzelnen Ortsvereinen zur Annahme empfohlen wurde: „Der Ausbau der U. S. P. zu einer zentralisierten Kampfpartei ist eine dringende Notwendigkeit, um den revolutionären Befreiungskampf in Deutschland erfolgreich durchzuführen und die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen. Diese Umwidmung der U. S. P. kann nur erfolgen im engen Anschluß an die 3. Internationale. Die Aufnahmebedingungen des 2. Kongresses der 3. Inter-

nationale sind zwar schwere, aber sie sind durchaus verständig, wenn man wirklich den ersten Willen hat, aus unserer Partei die Führerin und Bannerträgerin des deutschen Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu machen, wie das Leipziger Aktionsprogramm es ausspricht.“

Wie wir bereits mitteilten, hat sich ein anderer Kreis des Halleischen Bezirkes, Torgau-Liebenwerda, ebenfalls auf den Boden der Annahme der Bedingungen gestellt. Auch in den übrigen Kreisen des Bezirkes wird die Entscheidung in den nächsten Wochen fallen.

Die Frage der politischen Arbeiterräte

Die Landeskonferenz der unabhängigen Sozialdemokratischen Württembergs hat sich nach einem Referat von Kraenen (Berlin) gegen die sofortige Wahl politischer Arbeiterräte ausgesprochen. Die Erklärung betont, daß die politischen Arbeiterräte neben den Vollversammlungen der Betriebsräte ohne Revolution seien unmöglich, denn sie seien die historische Form der Diktatur des Proletariats.

Die Stellungnahme der Württembergischen Parteiorganisation deckt sich völlig mit dem Standpunkt, den die Gesamtpartei in der Frage der politischen Arbeiterräte einnimmt.

Hyänen des Schlachtfeldes Wahrheit oder Spitzelmaske?

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Bremen, 7. September.

Heute morgen sind überall in Bremen, vor allem auch an den Vitzth-Säulen folgende Plakate angeklebt worden:

„Genossen der U. S. P. Eure Führer haben einstimmig die Bedingungen zur Aufnahme in die dritte Internationale abgelehnt. Sie haben die Arbeitermassen nach ihrem Willen nicht gefragt, sie wollen Euch verewaltigen. Sie lehnen sich nicht daran, ob das Proletariat weiter existieren wird und verbleibt. Sie wollen keine Einheit, kämpfen nicht um die Ideale des internationalen Proletariats. Sie leben und bangen um ihre Pösten. Das ist Vongentilismus. Jetzt fällt die Entscheidung. Noch könnt Ihr beweisen, daß Ihr Euch ins Verderben führen laßt, oder ob der kapitalistische Imperialismus niedrigerungen werden soll. In Eurer Hand liegt die Entscheidung, nicht bei Euren Führern. Eure Führer begehen Verrat am Proletariat, der weit schlimmer ist als die Spitzelarbeit der Magdeburger Spitzelzentrale. Genossen! Stimmt für den Eintritt in die dritte Internationale. Wieder mit den Verräterführern! (1) Wählt politische Arbeiterräte zur Kontrolle der Führer.“

Kommunistische Partei Deutschlands. (Spartakusbund.)

Das Plakat ist gedruckt bei J. Barup, Berlin, Rosenthalerstraße. Die Bremer Ortsgruppe der R. P. D. streift es einsehend ab, daß die Plakate von ihr verbreitet werden. Sie kann sich auch nicht vorstellen, daß die Berliner Zentrale der R. P. D. gegen ihren Willen diese in Bremen verbreiten läßt. Es muß nun festgestellt werden, ob man es in der Tat mit einem neuen Spitzelwerk zu tun hat oder ob nicht doch der Spartakusbund (vielleicht die illegale Gruppe) die Finger im Spiel hat. Erhebungen über den Ursprung des ganzen Nachwertes sind noch im Gange. Erwähnt sei noch, daß ein Bremer reaktionäres Standblatt, das von einem Mitgliede des Stahlhelm-Bundes redigiert und vom Bürgerausschuß in der Magdeburger Spitzelzentrale finanziert ist, ähnliche Aufforderungen erläßt und verlangt, daß die U. S. P. Genossen mit ihren Führern abrechnen und sich der dritten Internationale anschließen sollen.

Regierung und Beamtenchaft

Die Antwort der Groß-Berliner Postbeamten-Ausschüsse

Unter den fortschrittlich gesonnenen Beamten ist eine heftige Bewegung entstanden, weil die Regierung in dem nun endlich herausgegebenen Gesetzentwurf über die Beamtenräte den Beamten das Mitbestimmungsrecht versagt hat. Die unbegriffliche Haltung des Staatssekretärs Lewald am 27. August gegen den Deutschen Beamtenbund, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den Deutschen Gewerkschaftsbund haben den Beamten deutlich gezeigt, daß reaktionäre höhere Beamte trotz § 61, Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes, der andrücklich Verhandlungen mit den Vertretern der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer vorschreibt, die mittlere und untere Beamtenchaft in das alle Brighkeitverhältnis zurückversetzen möchten. Das wird sich die breite Masse der Beamten unter keinen Umständen gefallen lassen.

In einer Vollversammlung haben die Groß-Berliner Postbeamten-Ausschüsse in einer Entschiedenheit scharfe Verwahrung gegen die Haltung des Staatssekretärs Lewald eingelegt und die Beamtenausschüsse im Reich aufgefordert, ebenfalls sofort Protest zu erheben und sich geschlossen hinter den Deutschen Beamtenbund zu stellen. Die Vollversammlung hat außerdem beschlossen, die gegen 300 zählenden Postbeamten-Ausschüsse von Groß-Berlin zu einer gemeinsamen Arbeitsweise in 10 Gruppen zusammenzuschließen. Der Zusammenschluß und die Gruppentätigkeit soll, um eine Zersplitterung der Kräfte zu verhindern, in enger Gemeinschaft mit den Berufsorganisationen erfolgen. Der Postbeamten-Ausschuß selbst wählt damit ein Stamm von erfahrenen Mitarbeitern auf dem Gebiete des Beamtenrätewesens heran.

Die Zwangswirtschaft in der Industrie

Abbau der Kriegsgesellschaften — Ausfuhrabgaben

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags beriet gestern zuerst den von den Unabhängigen eingebrachten Antrag, die Fonds einiger Kriegsgesellschaften der Leder- und Schuhindustrie mit Wirkung vom 1. Juli 1920 zu Gunsten des Reichs zum Zwecke der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigen neuen ledernen Strahenschuhwerk zu beschlagnahmen. Unter Verschlebung formeller Gründe suchten die Rechtsparteien zunächst die sachliche Beratung des Antrags überhaupt zu verhindern, stießen dabei aber auf den entschiedenen Widerstand beider sozialistischer Parteien, so daß erst nach einstündiger Geschäftsordnungsdebatte in die sachliche Beratung eingetreten werden konnte. Unter Ablehnung des erheblich weitergehenden unabhängigen Antrages, wurde schließlich der Antrag der bürgerlichen Parteien angenommen, sofort Maßnahmen zu treffen, um die bei den Kriegsgesellschaften entstandenen Ueberflüsse sämtlich, soweit die bestehenden Verordnungen nicht andere Rechtsansprüche geschaffen haben, für die Allgemeinheit sicherzustellen.

Sodann begann der Ausschuss die Beratung der Zwangswirtschaft in der Industrie. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz legte zunächst eine Uebersicht über den jetzigen Stand der Behörden und Gesellschaften der Kriegswirtschaft vor. Seit dem 1. April ist eine wesentliche Verminderung des Personals eingetreten. Das Personal solle auch weiter vermindert werden, doch sei es ausgeschlossen, hunderte von Angestellten auf einmal auf die Straße zu setzen. Es sei deshalb notwendig, planmäßig vorzugehen und Kündigungen mit langer Frist vorzunehmen. Die Deutschnationalen verlangten trotzdem Beschleunigung des Abbaues und Vorgehen

gegen die Elemente „fremdkämmiger Abstammung“, gegen diese verdeckte antisemitische Hehe, die nur die sozialen Absichten der Urheber verdecken sollte, wandten sich unsere Genossen ebenso entschieden, wie sie den Standpunkt vertraten, daß die sozialen Gesichtspunkte und die Bestimmungen zum Schutze der Angehörigen bei dem Abbau der Gesellschaften volle Anerkennung finden müßten.

Zu den Anträgen auf Aufhebung der sozialen Ausfuhrabgabe erklärte der Wirtschaftsminister, daß auch er Erleichterungen der Ausfuhrabgaben insbesondere als einem Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchaus zustimme. Diese Erleichterungen könnten aber ohne Aufhebung der Ausfuhrabgabe erfolgen. Die Vertreter aller bürgerlichen Parteien aber forderten völlige Beseitigung der Abgabe, wobei sie mit der falschen Angabe operierten, daß die Arbeitslosigkeit und die sonstigen Schwierigkeiten in der Ausfuhr und in der Ausfuhrabgabe ihre Ursache haben. Demgegenüber wiesen die sozialdemokratischen Abgeordneten darauf hin, daß die Ausfuhrabgabe außerordentlich gering ist und daß doch die Industrie Monate hindurch die reichlichsten Gewinne erzielt habe. Stärkung unseres Inlandbedarfs sei nötig und nicht Förderung der Ausfuhr auf Kosten der noleidenden Massen. Auch Staatssekretär Hirsch äußerte erhebliche Bedenken gegen die zeitweilige Aufhebung der Abgabe. Die deutsche Industrie trete auch jetzt noch auf dem Weltmarkt unter durchaus günstigen Umständen auf, denn sie habe niedrigere Löhne als die Kosten der Rohstoffe als auch die Arbeitslöhne seien bei uns wesentlich niedriger als im Auslande. Einige Industriegruppen haben auch jetzt noch erhebliche Gemeinnützlichkeiten, die zu erfassen im Interesse der Allgemeinheit liege. Die deutsche Industrie sei durch die jahrelange Absperrung vom Auslande konkurrenzunfähig geworden, das sei ein viel größeres Hindernis für die Ausfuhr als die Abgabe. Die Abstimmung über die Aufhebung der Abgabe soll zu Beginn der heutigen Sitzung erfolgen, in der die Anträge zur Erwerbslosenfürsorge beraten werden.

Ein skandalöser Uebergriff der politischen Polizei

Daß trotz allen Bestreitens die politische Polizei unerrösend fortbesteht, ist zuletzt im Blauprozeß erneut festgestellt worden. In welcher Weise diese Stütze der Republik sich über Recht und Gesetz hinwegsetzt, dafür ist folgender Vorfall bezeichnend:

Zur Zeit schweben in Berlin im Anschluß an die Weissenhof-Vorfälle eine Reihe von Strafsachen, die sich teils gegen angebliche militärische Formationen der Kommunisten und teils gegen Vorstandsmitglieder des Republikanischen Führerbundes richten. Mit allen erdenklichen Spitzelkünsteln soll versucht werden, ein Komplott des verhassten Republikanischen Führerbundes mit revolutionären Arbeitern zum gewaltsamen Sturz der Regierung zu erkunden. Die Anlagen schweben teilweise bei den erdenklichen Gerichten und zum anderen Teil bei dem auf Grund der berichtigten Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Mai d. Rs. eingehenden außerordentlichen Gericht beim Reichsmehrkommando in Berlin. Unsere Voraussetzung, daß sich diese Gerichte, die formell eingesetzt wurden zur Bekämpfung der Hochverratsverbrechen der Freilings, in Wirklichkeit als Ausnahmegerichte gegen revolutionäre Arbeiter entpuppen würden, hat sich damit schnell bewahrheitet.

Um nun zu verhüten, daß ihr Spitzelgewebe wiederum so schonungslos zusammenbricht wie im Blauprozeß, hat sich die politische Polizei folgenden töllen Eingriff in die Strafprozessordnung geleistet. Als heute der Vorsitziger eines Teiles der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, auf Grund der ihm von den zuständigen Richtern erteilten unbeschränkten Sprecheraubnis seine Mandanten im Polizeigefängnis, wo sie sich in Haft befinden, sprechen wollte, wurde ihm dort von dem Vorstand des Gefängnisses eröffnet, daß die politische Polizei angeordnet habe, daß seinen Unterredungen mit politischen Gefangenen ein Beamter der politischen Polizei beizuwohnen habe. Diese, jeder gesetzlichen Grundlage entbehrende Maßnahme, ist ein flagranter Verstoß gegen die Strafprozessordnung und gegen die Grundrechte der Verteidigung.

Selbstverständlich hat Genosse Dr. Weinberg sofort auf das Scharfe gegen diese Anordnung protestiert und beim Polizeipräsidenten und den zuständigen Gerichten Beschwerde erhoben. Was sagt der Polizeipräsident Richter zu dieser Anordnung seiner Organe, die sich ja teilweise auch gegen seine eigenen eingekerkerten Parteigenossen vom Republikanischen Führerbund richtet?

Unzutreffende Gerüchte über die italienischen Verhältnisse

Rom, 7. September. (Stefan.)

Die im Auslande über die italienischen Verhältnisse umlaufenden Gerüchte sind völlig unzutreffend. Abgesehen von dem Streit in der Metallindustrie, der, wie man hofft, bald beigelegt werden wird, woran auch die Gewerkschaften mitarbeiten, nimmt das Leben seinen gewöhnlichen Gang. Sitelli befindet sich noch auf Urlaub in Piemont und wird am 12. September nach Ligurien fahren; der König weilt in San Rossore.

Russisch-deutscher Transitverkehr durch Litauen

II. Kopenhagen, 7. September.

Die russische Gesandtschaft in Litauen ist nunmehr in Rowno eingerichtet worden und legt sich aus 15 Personen zusammen. Ihre Aufgabe wird zunächst die Durchführung eines großartigen Transithandels mit Deutschland durch Litauen sein. Außerdem soll eine Evaluierungsabteilung sowie eine Presse- und politische Abteilung eingerichtet werden. Es sei auf die schwierige Lage in Rußland zurückzuführen, daß der Friede mit Rußland noch nicht ratifiziert sei.

Die Stimmung im verwüsteten Nord- frankreich

Mez, 7. September. (Havas.)

Ministerpräsident Millerand sagte gestern in einer Rede, bei seiner Reise durch die verwüsteten Gebiete habe er festgestellt, daß es dort weder Haß noch Rachegefühle gebe, sondern nur klare Einsicht in die Verhältnisse der Wirklichkeit und in die Sicherheiten, die man haben müsse. In einem Jahrhundert habe Frankreich drei Invasionen erlebt, es habe nicht das Recht, sich einer vierten auszulassen. Frankreich arbeite nicht für sich allein; nicht für Frankreich allein halten Eläß und Lothringen Wacht an der Grenze, sie verteidigten die ganze Zivilisation.

Polnische Mäßigung gegenüber Litauen

London, 7. September.

Der „Times“ zufolge besagen Telegramme aus Warschau, daß Polen bereit sei, seine ursprüngliche Absicht, die Räumung des Gebietes von Suwalki durch die litauischen Truppen binnen zehn Tagen zu fordern, aufzugeben. Die polnische Regierung habe sich mit den Litauern beraten und zeige inzwischen eine maßvolle Haltung.

Die Beschlüsse der Dritten Internationale

Nationalitätenfrage und Kolonialfrage

B. Supplementheften

1. Eine der wichtigsten Fragen, die dem 2. Kongresse der 3. Internationale vorliegen, ist die genaue Feststellung der Wechselbeziehungen zwischen der kommunistischen Internationale und der revolutionären Bewegung in den politisch unterdrückten, vom eigenen kapitalistischen System beherrschten Ländern, wie in China und Indien. Die Geschichte der Weltrevolution durchläuft eine Periode, die eine richtige Auffassung dieser Wechselbeziehungen erfordert. Der große europäische Krieg und seine Folgen haben deutlich gezeigt, daß die Volksmassen der nichteuropäischen unterdrückten Länder, infolge der Zentralisation des Weltkapitalismus mit der proletarischen Bewegung in Europa unauflösbar verbunden sind, was während des Krieges z. B. in der Entsendung von Kolonialtruppen und zahlreichen Arbeitermassen an die Front seinen Ausdruck fand.

2. Der europäische Kapitalismus schöpft seine Kraft in der Hauptsache weniger aus den europäischen Industrieländern als aus seinen Kolonialbesitzungen. Zu seiner Existenz bedarf er der Kontrolle über die umfangreichen Kolonialmärkte und ein weites Feld der Ausbeutungsmöglichkeit. England, das Bollwerk des Imperialismus, leidet schon ein Jahrhundert lang unter Ueberproduktion. Ohne die ausgedehnten Kolonialbesitzungen, die für den Abzug seiner Waren notwendig sind und zugleich die Rohstoffquellen bilden, wäre die kapitalistische Ordnung Englands schon lange unter ihrer eigenen Last zusammengebrochen. Indem der englische Imperialismus Hunderte von Millionen Bewohner des Ostens und Afrikas zu Sklaven macht, hält er gleichzeitig das britische Proletariat unter der Herrschaft der Bourgeoisie.

3. Der Reingewinn, der in den Kolonien erzielt wird, ist eine der Hauptquellen der Mittel des zeitgenössischen Kapitalismus. Der europäischen Arbeiterklasse wird der Sturz der kapitalistischen Ordnung nur dann gelingen, wenn diese Quelle endgültig verstopft sein wird. Die kapitalistischen Länder versuchen, und zwar nicht ohne Erfolg, durch umfangreiche und intensive Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der natürlichen Reichtümer der Kolonien, ihre erschütterte Lage wiederherzustellen. Infolge der Ausbeutung der Kolonialbevölkerung ist der europäische Imperialismus imstande, der Arbeiterklasse in Europa eine ganze Reihe von Almosen (Kompensationen) zu gewähren. Während der europäische Imperialismus einerseits durch die Einfuhr von Waren, die von der billigeren Arbeitskraft der Arbeiter der Kolonialländer hergestellt sind, das zum Lebensunterhalt nötige Minimum des Proletariats herabzudrücken sucht, ist er bereit, dem Heimatland zu erzielenden Mehrertrag zu opfern, um sich nur durch die Ausbeutung der Kolonien zu erreichenden Mehrertrag zu erhalten.

4. Der Fortschritt der Kolonien und die proletarische Revolution in den Mutterländern werden die kapitalistische Ordnung in Europa stürzen. Folglich muß die kommunistische Internationale ihr Tätigkeitsfeld erweitern. Die kommunistische Internationale muß sich in enger Verbindung mit den Kräften befinden, die sich gegenwärtig in den politischen und wirtschaftlich unterdrückten Ländern an dem Sturz des Imperialismus beteiligen. Zum vollen Erfolge der Weltrevolution ist das Zusammenwirken dieser beiden Kräfte notwendig.

5. Die kommunistische Internationale ist der konzentrierte Wille des Weltproletariats. Ihre Aufgabe ist die Organisation der Arbeiterklasse der ganzen Welt zum Sturze der kapitalistischen Ordnung und zur Verbreitung des Kommunismus. Die 3. Internationale ist eine kriegerische Einheit, die die revolutionären Kräfte aller Länder der Welt vereinen muß.

Die durch und durch mit bürgerlicher Kultur durchdränkte, von einem häßlichen Völkerverhaß geleitete 2. Internationale hat die ganze Wichtigkeit der Kolonialfrage nicht genügend gewertet. Für die Welt außerhalb Europas nicht vorhanden. Sie erkannte nicht die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der revolutionären Bewegung in Europa und in den anderen Erdteilen. Anstatt die revolutionäre Bewegung in den Kolonien materiell und sittlich zu unterstützen, wurden die Mitglieder der 2. Internationale selbst zu Imperialisten.

6. Der den Ostvölkern künstlich oktroyierte ausländische Imperialismus hat ohne Zweifel ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung gehemmt und ihnen die Möglichkeit genommen, jene Entwicklungsstufe zu erreichen, die in Europa und Amerika erreicht ist. Dank der imperialistischen Politik, die bestrebt ist, die industrielle Entwicklung in den Kolonien aufzuhalten, hat das eingedrückte Proletariat eigentlich erst vor kurzem zu existieren begonnen.

Die total zerstückelte Hausindustrie hat der zentralisierten Industrie der imperialistischen Länder den Platz geräumt; infolgedessen würde die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung gezwungen,

sich mit Ackerbau zu beschäftigen und die Rohstoffe ins Ausland auszuführen.

Andererseits ist eine schnell anwachsende Konzentration des Bodens in den Händen der Großgrundbesitzer, der Kapitalisten und des Staates zu beobachten, was wieder zur Verarmung der Zahl der landlosen Bauern beiträgt. Die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung dieser Kolonien befindet sich im Zustande der Unterdrückung. Infolge dieser Politik kommt der potentiell in den Volksmassen vorhandene Geist der Empörung nur bei der dazu zahlenmäßig schwachen intelligenten Mittelklasse zum Ausdruck. Die Vergewaltigung hemmt beständig die freie Entwicklung des sozialen Lebens; daher muß der erste Schritt der Revolution die Beseitigung dieser Vergewaltigung sein. Dem Kampf für den Sturz der ausländischen Herrschaft in den Kolonien helfen, heißt demgemäß nicht, die nationalen Bestrebungen der eingeborenen Bourgeoisie unterstützen, sondern bedeutet vielmehr, dem Proletariat der Kolonien den Weg zu seiner Befreiung zu ebnen.

7. Es lassen sich zwei Bewegungen feststellen, die mit jedem Tage mehr auseinandergehen. Eine von ihnen ist die bürgerlich-demokratische nationalistische Bewegung, die das Programm der politischen Unabhängigkeit unter Beibehaltung der kapitalistischen Ordnung verfolgt; die andere ist der Kampf der bedrückten Bauern um ihre Befreiung von jeglicher Ausbeutung. Die erste Bewegung versucht, oft mit Erfolg, die zweite zu kontrollieren; die kommunistische Internationale aber muß gegen eine derartige Kontrolle antämpfen und die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeitermassen der Kolonien muß demgemäß der Sturz des ausländischen Kapitalismus sein. Die wichtigste und notwendigste Aufgabe jedoch ist die Schaffung kommunistischer Organisationen der Bauern und Arbeiter, um diese zur Revolution und zur Errichtung der Sowjetrepublik zu führen. Auf diese Weise werden die Volksmassen in den rückständigen Ländern nicht durch die kapitalistische Entwicklung, sondern durch die Entwicklung des Klassenbewußtseins, unter der Führung des bewußten Proletariats, dem Kommunismus angegeschlossen werden.

8. Die reale Kraft, das Fundament der Befreiungsbewegung, läßt sich in den Kolonien nicht in den engen Rahmen des bürgerlich-demokratischen Nationalismus zwängen. In dem größten Teil der Kolonien bestehen schon organisierte revolutionäre Parteien, die in enger Verbindung mit den Arbeitermassen arbeiten. Die kommunistische Partei muß die Verbindung mit der revolutionären Bewegung in den Kolonien durch Vermittlung dieser Parteien und Gruppen herstellen, denn sie sind die Vorhut der Arbeiterklasse. Gegenwärtig sind sie nicht zahlreich, drücken jedoch den Willen der Massen aus.

9. In der ersten Zeit wird die Revolution in den Kolonien keine kommunistische Revolution sein; wenn jedoch von Anfang an die kommunistische Vorhut an ihre Spitze tritt, werden die revolutionären Massen auf dem richtigen Weg gebracht werden, auf den sie durch allmähliche Sammlung von revolutionärer Erfahrung das gesteckte Ziel erreichen werden. Es wäre ein Fehler, die Agrarfrage nach rein kommunistischen Grundsätzen entscheiden zu wollen. Auf der ersten Stufe ihrer Entwicklung muß die Revolution in den Kolonien nach dem Programm rein kleinbürgerlicher reformistischer Forderungen, wie: Austerität des Landes usw., durchgeführt werden. Daraus aber folgt nicht, daß die Führung in den Kolonien sich in den Händen der bürgerlichen Demokraten befinden darf. Im Gegenteil, die proletarischen Parteien müssen eine intensive Propaganda der kommunistischen Ideen betreiben, und bei der ersten Möglichkeit Arbeiter- und Bauernräte gründen. Diese Räte müssen in gleicher Weise wie die Sowjetrepubliken der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder arbeiten, um den endgültigen Sturz der kapitalistischen Ordnung der ganzen Welt herbeizuführen.

Betriebsräte

Die Rechte des Betriebsrats

Man schreibt uns:

„Eigenartige Zustände herrschen in bezug auf Betriebsratsrechte im Kreisstranßenhaus Reinitendorf, dem Landkreis Niederbarnim gehörig. Alle Welt ruft den Arbeitern zu: arbeite, arbeite, arbeite, nur Arbeit kann uns retten. In welcher Weise die gesamte Bourgeoisie Sabotage treibt, um uns an dieser Ausführung zu hindern, weiß jeder Arbeitslose und anständigdenkende Mensch. Daß aber diese Sabotage auch in einer sozialistisch verwalteten Behörde getrieben wird, sollte man nicht für möglich halten. Leider ist es so.“

Für die Urlaubsmo-nate ist hier Ausschiffpersonal eingestellt, welches nun von Fall zu Fall zu entlassen ist. Die Besetzung des Krankenhaus ist der Meinung, daß für viele Ausschiffen weiter Beschäftigung vorhanden ist, zumal die Arbeitslosigkeit sehr groß ist. Außerdem werden Personen beschäftigt, welche 1914 nicht in Berlin anständig waren, diese also schon längst entlassen

sein müßten. Den Betriebsrat, der deshalb vorstellig wurde, fertigte man folgendermaßen ab: „Sie sind jetzt im Betriebsrat und haben nicht nur die Interessen Ihrer Kollegen, sondern auch die der Verwaltung wahrzunehmen. In die Angelegenheiten der Ausschiffbeschäftigten hat sich der Betriebsrat nicht einzumischen. Im Uebrigen hätte die Verwaltung noch gar keine Bestätigung über das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats seitens der Kreisverwaltung. Die Zahl der Beschäftigten darf die der im Etat festgesetzten nicht überschreiten.“

Alles in allem: der Betriebsrat darf seine Wünsche und auch seine Beschwerden vorbringen. Berücksichtigung oder gar Mitberatung ist nicht erwünscht, wird also nicht gestattet. Bei Entlassung verfährt man selbstherrlich und im allgemeinen verhängt man sich hinter die Kreisverwaltung. Was sagt die Kreisverwaltung dazu, und wie lange soll dieser Zustand andauern? Wie lange soll die Verwaltung das Recht haben, in dieser Weise zu verfahren?

Wir fordern endlich Anerkennung des Betriebsrates, Aufhebung der ausgesprochenen Kündigungen resp. Wiedereinstellung der bisher Entlassenen. Arbeit ist in Halle und Halle für Haus- und Werkstattpersonal. Das will und kann der Betriebsrat beweisen, wenn er gehört wird. Im übrigen wäre es erwünscht, bei Besuch des Krankenhauskuratoriums die Betriebsvertretungen hinzuzuziehen.

Da wir auf verschiedenen Wegen uns kein Gehör verschaffen konnten, so bitten wir nochmals um Aufnahme dieser Forderungen. Wir kommen dem zuletzt ausgesprochenen Wunsch nach, um sowohl der Verwaltung wie auch dem Kreisanschluß Gelegenheit zu geben, sich zu der Angelegenheit zu äußern.

Betriebsräte!

Am nächsten Montag beginnen in der Rätechule der Groß-Berliner Arbeiterschaft folgende Kurse:

- Graphische Darstellungen und volkswirtschaftliche Formeln. Dr. Her. Beginn: 5 Uhr. Zimmer 33.
- Wesen und Wirkung der kapitalistischen Gesellschaft. Dehring. Beginn: 5 Uhr. Zimmer 27.
- Organisation des modernen Fabrikbetriebes. Dehring. Beginn: 7 Uhr. Zimmer 28.
- Kraftwirtschaft. Stein. Beginn: 7 Uhr. Zimmer 33.
- Bankwesen und Warenzirkulation. Reper. Beginn: 7 Uhr. Zimmer 28.

Anmeldungen dazu werden nur noch bis Sonnabend, den 11. September, nachmittags 4 Uhr, angenommen. Wegen bevorstehender Ueberfüllung ist sofortige Meldung anzuraten.

Diejenigen Betriebsräte, die in der Hauptanschlusssitzung Hörerkarten entnommen haben, werden ersucht, ebenfalls bis Sonnabend dieselben abzurechnen.

Gewerkchaftliches

Der Streik der Rohrleger und Helfer

Die Arbeitsgemeinschaft der Zentralheizungsindustrie, Gas- und Wasserleitungsbeamten und des Klempnergewerbes Groß-Berlins wendet sich mit einem Flugblatt an die Mitglieder ihrer Organisation, in dem diese aufgefordert werden, allen Streikenden die Entlassungspapiere sofort zur Verfügung zu stellen, außerdem diese Arbeitnehmer bei der Krankenkasse abzumelden. Ferner heißt es in dem Flugblatt, daß die Arbeitnehmer in den Streik getreten seien, trotzdem von dem Demobilisierungskommissar noch kein endgültiger Bescheid über die Rechtsverbindlichkeit des Schiedsspruches vom 3. Juli vorgelegen hat. Wir können den Schmerz der Arbeitgeber verstehen, der darin zum Ausdruck kommt, daß die Arbeitnehmer nicht erst die eiligen Arbeiten fertig stellen ließen und dann in den Streik traten. Doch wie standen die Dinge? Der alte Tarifvertrag lief bis zum 31. Mai 1920. Alle Bemühungen der Schlichtungskommission, zu einem Ausgleich zu kommen, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber. Diese lehnten erst einen Schiedsspruch des Einigungsamtes des Gewerbegerichts Berlin ab, dann forderten eine ganze Reihe von Firmeneinhabern die bei ihnen beschäftigten Rohrleger und Helfer zum Streik auf. Die Organisationsleitung versuchte, einen Ausgleich herbeizuführen. Es wurde der staatliche Schlichtungsausschuß angerufen, diesen Schiedsspruch vom 3. Juli lehnten die Arbeitgeber gleichfalls ab. Bei der Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar am 17. August bestanden sie die Bedingung, daß der Vergleichsvorschlag desselben auch für die Klempner gelten solle, obwohl diese bisher einen besonderen Tarifvertrag hatten. Die Annahme des Vergleichsvorschlages des Demobilisierungskommissars wurde also gleichfalls von den Arbeitgebern abgelehnt. Der Demobilisierungskommissar selbst hat bis heute es nicht für notwendig gehalten, irgend welche Antwort auf den Antrag der Rechtsverbindlichkeitserklärung zu geben.

Die Geschichte meines Bruders

Eine Erzählung

von
Hans Siemsen

„Neben mir lag Willi. Das war sein Bruder. Er kam ihn besuchen. So habe ich Karl kennen gelernt, soweit man sich kennen lernt, wenn man blind ist. Niemand dachte damals an das, was kam. Er war ein Junge, wie jeder andere. Ich bin inzwischen gesund geworden. Aber ich habe ihn nicht mehr gesehen. Als ich sehen konnte, sah er im Gefängnis.“

Ich habe sehr lange im Lazarett gelegen, viele Monate. Ueber ein Jahr. Während der ganzen Zeit lag ich neben Willi.

Willi besucht mich noch jetzt sehr oft. Er sagt: „Guten Tag!“ Und dann sieht er und schweigt. Ich weiß auch nicht recht, was ich sagen soll, und so sitzen wir beide und schweigen. Er trägt immer noch Uniform, Soldatenschuhe und Wädel. Er zieht seinen Mantel gar nicht erst aus. So gamaischen. Er zieht seinen Mantel gar nicht erst aus. Er sieht in die Hand, die er in der Hand. Er sieht in die Zeitung, die auf dem Tisch liegt. Ich sage: „Na Willi, was gibt es denn Neues?“ Er brummt mit seiner tiefen Stimme: „Was soll es denn Neues geben?“ Und dann sitzen wir beide und schweigen. Ich hole Brot und Butter und Käse und mache ihm eine Tasse Tee. Er trinkt und trinkt, man merkt, er ist hungrig. Er ist nämlich arbeitslos und bekommt Unterstützung. Aber davon wird niemand satt. Ich sehe ihm zu, wie er trinkt. Dann ist er fertig, steht in die Tasse, trinkt den Rest Tee aus und stellt die Tasse weit von sich weg in die Mitte des Tisches.

Schweigen, das ist für ihn nicht peinlich. Worüber sollte man denn auch sprechen? Früher dachte ich: Man muß etwas sagen, man kommt ja zueinander, um miteinander zu sprechen. Ich sagte: „Weißt Du noch damals, Willi?“ und dann sprachen wir von der Zeit, wo wir beide im Lazarett lagen.

Aber es ist nicht mehr nötig, davon zu sprechen. Wir wissen auch ohne zu sprechen, darüber Bescheid. Wir sind Freunde. Wir kennen uns. Ich bin Hans Siemsen, ein Dichter — er weiß das. Und er ist Willi. Genügt das nicht? Wir haben zusammen im Lazarett gelegen. Er kommt mich besuchen. Er sitzt in meinem Zimmer. Er zieht seinen Mantel gar nicht erst aus. Er sagt: „Was soll es denn Neues geben?“

Er sieht mich gar nicht weiter mehr an und liegt in der Zeitung, die auf dem Tisch liegt. Und das alles bedeutet: Du bist Hans. Und ich bin Willi. Wir sind Kameraden. Wir haben zusammen im Lazarett gelegen.“

Was ist da weiter noch drüber zu reden? Freunde brauchen nicht miteinander zu sprechen. Sollte sich aber etwas ereignen, worüber man miteinander spricht, so ist es ja immer noch früh genug.

Sprechen, das ist durchaus nicht leicht. Wenn es nicht Tatsachen sind, über die man spricht, so ist es sehr schwer, sich auszudrücken. Man kann wohl sagen: „Ich heiße Willi“ oder „ich habe ein schlimmes Auge“. Man kann auch erzählen, was einem passiert. Zum Beispiel: „Jetzt wollen sie uns die Unterstützung verkürzen, sie haben gesagt, wir kriegen zuviel.“

Aber da gibt es noch andere Dinge, über die man wohl nachdenkt, aber über die man nicht spricht. Willi und ich sind zum Beispiel befreundet. Aber was soll man darüber sagen? Er kennt alle Worte, die etwas ausdrücken. Aber es gibt Dinge, die man nicht ausdrücken kann.

Dafür sind dann die Schimpfwörter da. Mit ihnen drückt man Gefühle aus. Zum Beispiel „Du Nas“. Das ist ein Wort, das an und für sich nichts weiter bedeutet. Man sagt auch von einem Offizier, „das ist ein Nas“ und das bedeutet dann, dieser Offizier ist ein gemeiner, gefährlicher Kerl, der seine Leute schlecht behandelt. Man muß ganz vorsichtig bei ihm sein.

Und man sagt zu seinem Freunde: „Du Nas“. Und das bedeutet dann ganz etwas anderes.

Willi hat ein noch schlimmeres Wort, mit dem er seine Gefühle ausdrückt. Er sagt: „Du Armluchter!“ Das muß genügen. Damit kann man Gefühle ausdrücken.

Ich bin seit langem sein bester Freund. Aber das kann man sich ja nicht sagen. „Ich habe Dich lieb?“ Das sagt man nicht. Er sagt „Du Armluchter“ zu mir. Das heißt — aber nur, wenn er es zu mir sagt, wenn er es zu anderen sagt, heißt es ganz etwas anderes, — das heißt, wenn er es zu mir sagt: „Ich habe Dich lieb, ich bin Dein Freund, Du kannst Dich auf mich verlassen.“ Er legt seine ganze Zärtlichkeit, all seine Gefühle, all seine Freundschaft in dies rauhe und häßliche Wort. Seine Gefühle sind stark und schön, zuverlässig und voller Güte.

Am das Schöne auszudrücken, muß man nicht immer das Schöne wählen.

Es ist auch nicht sein, immer ganz genau das zu sagen, was man nun gerade sagen will. Zwei Kameraden streiten sich. Sie reizen sich gegenseitig und werden wütend. Wie soll man sie nun auseinander bringen? Man kann nicht sagen: „Sied langsam und vertragen Euch!“ Man ruft viel besser: „Licht aus, Messer raus! Drei Mann zum Blutführen!“

Das heißt: „Kinder beruhigt Euch doch, macht wegen solch einer Kleinigkeit nicht gleich zu ein Theater, vertragen Euch lieber!“ Und wirklich die beiden vertragen sich.

Es ist nicht leicht, das alles zu wissen. Es ist nicht leicht zu wissen, wann man schweigen und wann man wieder sprechen muß und was man sagen muß in jedem Fall. Aber Willi weiß es. Er schweigt und spricht und sagt genau das, was gesagt werden muß.

Wie wird man befreundet?

Wenn man einander nötig hat. Im Angkua hat man einander nötig. Ich war blind. Und Willi war halbblind. Er war an einem Auge verwundet.

Als Junge stellte ich mir wohl vor, wie einem zumute sein muß, wenn man blind ist. Ich ging auf die Straße und machte die Augen zu. Dann ist man plötzlich ganz anders als vorher und auch anders als die anderen. Vorsichtig und zaghaft geht man, man ist allein und das Leben der Straße bräut und rollt wie etwas fremdes auf uns ein und an uns vorbei. Immer glaubt man: jetzt höst du an — jetzt — und wieder geht jemand vorbei. — Noch ein Schritt — und da ist ein Abgrund. Es ist der Rand des Trottoirs, der unseren langsamen Schritt begleitet wie ein gefährliches Tier, das zuschnappt, wenn man in seine Nähe kommt. Es ist unmöglich, weiter zu gehen, man steht und wagt nicht mehr, sich zu rühren. Wieder kommt jemand auf uns zu? Wir halten es nicht mehr aus — und öffnen die Augen.

Aber blind sein — das ist ganz anders. Man kann die Augen nicht öffnen, wenn man Angst hat. Aber man braucht sie auch nicht zu schließen. Sie sind geschlossen und bleiben zu. Daran ist nichts zu ändern. Wir können nichts tun. Es ist nicht unser Wille, der geschieht. Wir haben keine Entscheidung zu treffen. Keine Hoffnung beunruhigt uns. Wir nehmen hin. Wir sind ruhig und sicher. Wir denken nicht: „Jetzt, jetzt mußst du die Augen öffnen!“ Wir können sie nicht öffnen — und wir sind ruhig.

(Fortsetzung folgt)

